

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Zeitungspreis beträgt bei ihrer Zustellung im Hause für Groß-Berlin 1.50 M. im voraus zahlbar, bei Postbestellung monatlich 1.50 M. zzgl. Zustellungsgebühren, bei Zustellung außer Stadtband 2.75 M. (Deutschland und Ostpreußen), für das übrige Ausland 15.— M. jährlich Valutausgleich.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 533-36, 2895 und 2896.

Die abgesetzten Exemplare über dem Meer, sowie alle Werbungsblätter, alle auch die Familien- und Organisationsanzeigen werden laut aufgegebenen Zeitungs-Tarif berechnet. Inverke für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 1 Uhr nachmittags in der Expedition ankommen sein.

Inferaten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 533-36, 2895-96, 9765

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Fort mit dem Belagerungszustand!

Aufhebung der Ausnahmeverordnungen für Thüringen.

Aufhebung des Ausnahmezustandes in Thüringen.

Wunsch wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat auf den von Minister Brandenstein überbrachten Antrag des Staatsrats in Thüringen, und nachdem sich der Staatsrat für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung verbürgt hat, sämtliche Ausnahmeverordnungen für Groß-Thüringen (Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Gotha, Sachsen-Altenburg, Neuh. Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sonderhausen und die von ihnen umschlossenen Gebiete) mit Wirkung vom 1. April aufgehoben, in der Erwartung, daß Gewaltakte aller Art unterbleiben und die verfassungsmäßigen Behörden anerkannt und in ihrer Wirksamkeit nicht beeinträchtigt werden.

Wie wir zu dieser Meldung noch erfahren, sind für Thüringen sämtliche auf Grund des Artikels 48 erlassenen Ausnahmebestimmungen aufgehoben worden, es handelt sich also nicht etwa nur um die Aufhebung des verhängten Belagerungszustandes. Außerordentliches Betreiben mag es erregen, daß die Regierung sich in der Befreiung des Belagerungszustandes auf Thüringen beschränkt. Für das übrige Reich, mit Ausnahme des freistaatlichen Sachsen, wo der Belagerungszustand durch die dortige Regierung in den Tagen des Kapp-Putsch aufgehoben worden ist, nachträglich allerdings über Leipzig wieder verhängt wurde, besteht der Belagerungszustand noch fort. Zu allem Ueberflus teilt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gestern mit, daß für Berlin der „reguläre Belagerungszustand“ noch in Kraft sei. Der Reichswehrminister hat am Montag in der Nationalversammlung erklärt, daß die Arbeiterkassen sich außerordentlich bewährt haben. Wir verlangen, daß die Regierung es nicht bei einigen schönen Worten und bei einzelnen Ausnahmen bewenden läßt, sondern daß sie endlich dem Belagerungszustand für das ganze Reich ein Ende macht!

Mitterand gegen den Reichsfinanzler.

Mitterand an den deutschen Geschäftsträger Mayer.

L. H. Paris, 31. März.

Mitterand ließ dem deutschen Geschäftsträger Mayer heute vormittag folgendes Schreiben zugehen:

Herr Geschäftsträger! In Beantwortung Ihres Schreibens von gestern, beehre ich mich, Ihnen die Bedingungen zu bestätigen, in denen die französische Republik ihre eventuelle Ermächtigung erteilt, das Ruhrgebiet durch deutsche Truppen besetzen zu lassen. Diese Ermächtigung würde eine Bevollmächtigung des Artikels 43 und 44 des Versailler Vertrages darstellen, und ließe sich nur durch eine gebieterische und augenscheinliche Notwendigkeit rechtfertigen. Nun haben aber die Organe der Kontrollkommission, die durch das Protokoll vom 21. August 1919 beauftragt wurde, die Ausführung des Friedensvertrages zu überwachen, — wie ich Ihnen bereits bei unserer letzten Unterredung erklärte — die bestimmte Ansicht geäußert, die auch auch von anderer Seite bestätigt wird, daß in dem gegenwärtigen Augenblick eine militärische Intervention in dieser Hinsicht unnötig und gefährlich sei. Die Umstände erlauben es mir daher nicht, dem Gesuch Ihrer Regierung zu entsprechen, und ich muß mir meine endgültige Entscheidung auf die bestimmten Beschlüsse, die Sie mir gestern unterbreitet haben, vorbehalten. Zum Schluß möchte ich die aufrichtige Versicherung erneuern, daß die französische Regierung den Wunsch hegt, die Aufgaben der Regierung in dem Maße zu erleichtern, wie sie mit der Verteidigung der Interessen vereinbar sind, die wir zu schützen beabsichtigen sind. Genehmigen Sie usw. . . ges. Mitterand.

Die Christen für Watter.

Berlin, 31. März.

Die heute in Essen versammelten Vertreter der Hauptverwaltung und der Bezirks des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter haben der Reichsregierung nachstehendes Telegramm übersandt:

Die heute versammelten Vertreter der Hauptverwaltung und der Bezirks des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter fordern im Namen der 100 000 Mitglieder des Vereins im Ruhrgebiet, daß die Regierung mit aller Entschiedenheit für Verhütung des Arbeiterkriegs und Schaffung von Ruhe und Ordnung in

Deutschlands größtem und wichtigstem Industriegebiet sorgt. So wie bisher kann es nicht weitergehen. Hunderttausende von Bergleuten und anderen Arbeitern werden von den Ausführeuren von links mit Waffengewalt an der für unser Volk so notwendigen Arbeit gehindert, und Handel und Verkehr sind lahmgelegt. Die Regierung muß ihre Nachsmittel jetzt entscheiden ausnützen, um wieder geordnete und geistliche Zustände herbeizuführen und den Arbeitern den notwendigen Schutz von Leben und Gesundheit zu verschaffen. Sie darf den Forderungen der Elemente, die eine Linksbildung anstreben, nicht weiter entgegenkommen, insbesondere darf sie den Herrn General Watter nicht abberufen. Mit aller Entschiedenheit fordern wir, daß sich die Regierung und ihre Politik nicht von der Berliner Straße, sondern von den Bedürfnissen des deutschen Volkes leiten lassen.

Von christlicher Nächstenliebe zeugt dieser Ruf nach dem Watter gerade nicht. Im übrigen wird sich die Regierung ihre Politik noch weniger von einer relativ unbedeutenden Gruppe, wie es der christliche Bergarbeiterverband ist, vorschreiben lassen dürfen. Es ist wahrhaftig nicht unangebracht für die „Bedürfnisse des deutschen Volkes“. Vor allem aber ergibt sich das Telegramm in den Teilen, die eine Darstellung der Zustände im Ruhrgebiet sein sollen, in unverantwortlichen Ueberschreibungen.

Ein schwerer Vorwurf gegen Seedt.

Am Dienstag wurde in parlamentarischen Kreisen die Nachricht kolportiert, daß der General v. Seedt seinen Abschied als Oberbefehlshaber erhalten solle. Die Wichtigkeit dieser Meldung ist gestern in verschiedenen bürgerlichen Blättern besprochen worden, und es scheint in der Tat, als ob sich Reichspräsident und Ministerium nicht entschließen könnten, sich von diesem „demokratischen“ Offizier zu trennen.

Dabei ist doch offenbar auch an gewissen Regierungsstellen ein Gefühl für die Unmöglichkeit vorhanden, den General noch länger zu halten. Wenigstens hat dieser Tage der preussische Finanzminister Lüdemann in einer öffentlichen Sitzung der Wilmersdorfer Stadtkommunalversammlung Herr v. Seedt zweimal mit Nachdruck des Wortsbruches begünstigt. Man wird allgemein zugestehen müssen, daß es ein unmöglicher Zustand ist, wenn der höchste militärische Befehlshaber sich von einem Mitglied der Regierung öffentlich einen derartigen Vorwurf machen lassen muß.

Der Generalstreik in Dänemark.

Kopenhagen, 31. März.

In der heutigen Sitzung der Gewerkschaftsführer wurde der Generalaufruf für nächsten Dienstag beschlossen. Die Forderungen der Arbeiter sind teils politischer, teils wirtschaftlicher Art.

Die englischen Arbeiter gegen Lloyd George.

Asterdam, 31. März.

Wie „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ meldet, haben die Arbeiterparteien die Herausforderung Lloyd Georges angenommen. Das Parlamentariermitglied Hodge sagte in einer Rede in Bridgewater: Während der Premierminister unsere Hilfe und Mitarbeit während des Krieges dankbar angenommen hat, beschimpft er uns jetzt als Bolschewiken. In meinen Augen ist das ebenso niedrig als das Schellen von Pfannkuchen aus dem Sammelbecken eines Winden.

Der Abgeordnete Robert sagte in Dudley, Lloyd George werde sich eine härtere Waffe aussuchen müssen als die Warnung vor dem Ultimatum, um die Reihen der Arbeiter auseinanderzureißen.

Wilhelm bleibt in Holland.

Obwohl verbreitet die Nachricht der „Daily Mail“ aus Amsterdam, die alliierten Regierungen hätten die letzte Note Hollands über den Aufenthalt Kaiser Wilhelms angenommen. Holland übernehme die Verantwortung, zu verhindern, daß Kaiser Wilhelm eine Bedrohung für die Sicherheit Europas werde. Als Aufenthaltsort werde dem Kaiser der von ihm erworbene Besitz in Daxen gestattet.

Nerven behalten!

Im größten Teil des westlichen Industriegebietes, in Gelsenkirchen, Mülheim a. d. Ruhr, Essen, Eibfeld usw. herrscht der Generalstreik. Für diese erneute Ablagerung der Produktion dürfen wir uns bei dem General v. Watter bedanken, dessen unerhörte Auslegung des Wielefelder Abkommens die äußerste Empörung der Arbeiterschaft hervorgelassen hat. Sie glaubt sich betrogen und sie hält einen Offizier, der ein Ultimatum erläßt, das eine fatale Nechtheit mit der den Weltkrieg eröffnenden verhängnisvollen Note Desertréich an Serbien hat, zu jeder Niedertracht fähig. Sie ist überzeugt, am Vorabend des weißen Schreckens zu stehen und will den letzten Versuch machen, die Gefahr durch die allgemeine Arbeitsniederlegung zu bannen.

Der Reichsfinanzler Müller ist in seiner Rede am Dienstag ja ein wenig von dem tatendürftigen General abgerückt. Er hat angedeutet, daß eine wörtliche Erfüllung der Bedingungen schließlich nicht erforderlich sei, und daß man nur den guten Willen sehen wolle. Aber diese Erklärung reicht bei weitem nicht aus. Die Regierung muß so deutlich als möglich zum Ausdruck bringen, daß sie sich die Methoden der nach billigen Vorbeeren langenden Militärs nicht zu eigen macht und daß sie nicht gewillt ist, sich durch die Aufstellung unerträglicher und unerfüllbarer Forderungen den Vorwand zu verschaffen, unter dem Proletariat des Ruhrreviers ein fürchterliches Blutbad anzurichten.

Sie muß sich auch darüber klar sein, daß die Lage ganz allgemein durch das Watterische Vorgehen außerordentlich erschwert und kompliziert worden ist. Es treffen zahlreiche Nachrichten ein, über Blünderungen und Genozidaten, die von Angehörigen der sogenannten Roten Armee verübt sein sollen. Wir nehmen diese Meldungen mit der größten Vorsicht auf. Wir sind sicher, daß sie aus Gründen der Stimmungsmache stark übertrieben sind. Immerhin mag zugegeben werden, daß einzelne undiszipliniertere Gruppen sich böser Uebergriffe schuldig machen. Neben den organisierten Arbeitern, die die Parteien und Gewerkschaften fest in der Hand haben, fehlt es in den Industrieorten an der Ruhr und am Rhein nicht an zweifelhaften Elementen, für die keine Organisation die Verantwortung übernehmen kann, und es ist wohl möglich, daß sie, die mit Sozialismus und Kommunismus nichts zu tun haben, eine Aktion auf eigene Faust unternehmen und unklare politische Streben mit der Sucht nach persönlicher Bereicherung verbindend, eine Gefahr für die Sicherheit und Ordnung darstellen.

Aber die Zeitung, die sich die besonnenste und zielbewussteste Arbeiterkraft gegeben hat, würde mit diesen Wardeuren schon fertig werden, wenn ihr nicht das fabelhafteste Ultimatum die größten Hindernisse in den Weg gerollt hätte. Die Dinge liegen so, daß sie fast befürchten muß, als Willensvollstreckerin des Hauptquartiers in Münster angesehen zu werden, wenn sie gegen die Freischützer energisch vorgeht. Daß sie ihr Treiben verurteilt wie wir, geht aus zahlreichen Zeugungen in ihrer Presse hervor, und nur die wachsende Nervosität des Proletariats und die Ungevißheit über die wahren Absichten der Regierung hindern sie, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Alles kommt darauf an, die Stellung der Organisationen wieder zu stärken, und das kann nur geschehen, wenn man ihnen von Berlin und Münster aus die Ueberzeugung beibringt, daß man unbedingt auf dem Boden der Wielefelder Vereinbarungen steht und sich darin durch die Vergehen einzelner nicht irremachen läßt. Nichts wäre verwerflicher, als wenn jetzt die Reichswehr in Bewegung gesetzt würde. Das hätte nichts anderes zur Folge, als daß das ganze Ruhrrevier in Flammen aufginge, und daß tatsächlich die undisziplinierten die Oberhand gewönnen. Es würde zweifellos möglich sein, die Bewegung gewaltlos zu unterdrücken. Aber das Ziel wäre nur durch ein Meer von Blut zu erreichen und gewaltige Störungen des Wirtschaftslebens würden die Folgen sein. Hoffentlich bleibt sich die Regierung dieser Tatsache bewußt und läßt sich weder durch das Gedächtnis der kapitalistischen Scharfmacher noch durch den Appell der den Verlust ihrer Anhängerlosigkeit fürchtenden Hauptverwaltung des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter zu verabschiedeten Entschlüssen hinziehen.

Wie uns berichtet wird, hat das Kabinett gestern wieder einige Entschlüsse gefasst, die die Vereinigung zu einem Entgegenkommen beweisen. So ist der Termin für den Ablauf der Amnestierungsfrist verlängert worden, und es wird erklärt, daß in den Orien und Beyreisen, in denen die Waffenerhebung bis zu diesem späteren Termin erfolgt, keine Standgerichte eingesetzt und etwa bestehende sofort aufgehoben werden. Aber dieses weitere Einlenken, das dem vereinten Druck der sozialistischen Parteien und der gewerkschaftlichen Verbände zu danken ist, genügt noch nicht. Es ist der Glaube zu zerstören, daß die Regierung ein doppeltes Spiel treibe und die Arbeiter in eine Falle locken wolle. Sie muß ihre Absichten offen aussprechen. Sie muß den Mut haben die organisierten Arbeiter des rheinisch-westfälischen Gebietes ohne alle Umstände mit der Wiederherstellung der Ordnung zu betrauen und ihr durch die ausdrückliche Ablehnung der in Münster herrschenden Auffassungen die nötige Autorität zu diesem Einschreiten zu gewähren.

Vor allem aber wiederholen wir immer und immer wieder die Forderung, den General Watter unerbittlich von seinem Posten abzurufen. Das wäre ein Verhängnis für den allergrößten Teil der Bevölkerung, und es ist einfach unverständlich, daß seine Anwendung bisher nicht erfolgt ist. Die rechtssozialistische „Zeitschrift“ in Düsseldorf schrieb vor zwei Tagen, „wenn jetzt nicht Zeichen und Wunder geschähen, hätten wir durch die Schuld des Herrn von Watter eine Katastrophe. Die Militaristen wollten die Katastrophe. Leider leistete die Regierung die Spielart der Reaktion noch Vorschub. Solche Stimmen aus Kreisen, die wahrhaftig nicht im Verdacht des Völkerverrats stehen, sollten Herrn Miller zu denken geben und ihm die Energie einflößen, die der Moment erfordert.“

Dazu kommt nun aber, daß ein Einrücken der Truppen in die durch den Friedensvertrag festgesetzte neutrale Zone, 50 Kilometer von den rheinischen Brückenköpfen, überhaupt tattächlich unmöglich ist. Der französische Ministerpräsident hat gestern dem deutschen Geschäftsträger eröffnet, daß die Umstände es ihm nicht erlaubten, dem Gesuch der deutschen Regierung um die Erlaubnis zum Einmarsch der Reichswehr zu entsprechen.

Wir sind einigermaßen erheitert. Denn vorgestern morgen hat sich der Reichskanzler in der Nationalversammlung so geäußert: „Ich kann mitteilen, daß gestern abend der französische Geschäftsträger uns mitgeteilt hat, daß die französische Regierung bereit sei, uns einen Spielraum von zwei bis drei Wochen zur Verwendung einer stärkeren Truppenmacht in der neutralen Zone zu geben, ohne daß eine weitere Befestigung des Gebietes stattfinden soll.“

Dieser Widerspruch ist vorläufig nicht aufzuklären. Sollten etwa bei dieser den Militärs so günstigen Versicherung bestimmte Kreise des Auswärtigen Amtes ihre Hände wieder im Spiel gehabt haben? Die Regierung wird sich äußern müssen. Aber wie sie sich auch aus dieser Affäre ziehen mag, wir warnen sie aufs dringendste vor dem Versuch, nun außerhalb der neutralen Zone die Watterischen Offiziere die Säge ertönen zu lassen, zu denen ihnen innerhalb der 50-Kilometer-Grenze Herr Millerand den Weg verbaut. Die Arbeiter in ganz Deutschland stehen auf der Wacht. Sie haben bisher Besonnenheit und Zurückhaltung beobachtet und sie erwarten von dem Kabinett, daß es ebenfalls seine Nerven behält und sich den Einflüssen der Draufgänger in Uniform und Zivil unzugänglich zeigt.

Die Streiklage im Industriegebiet.

Folgende Meldungen werden durch Wolffs Bureau verbreitet, für deren Richtigkeit wir selbstverständlich keine Garantie übernehmen können.

Essen, 31. März.

In Essen ist alles ruhig. Von einem Ultimatum an Krupp ist nichts bekannt.

Weselsenkirchen, 31. März.

Hier herrscht Generalstreik. In den lebenswichtigen Betrieben wird gearbeitet. Der Aktionsausschuß hat sich aufgelöst, die einzelnen Mitglieder haben ihre Ämter niedergelegt. Bisher ist in Weselsenkirchen alles ruhig gewesen. Die Lebensmittel ist auf das Nötigste gestiegen. In dieser Nacht konnten nur zwei Pfund Brot ausgegeben werden. Für die kommende Woche ist überhaupt kein Brotmehl, sowie keine Kartoffeln mehr vorhanden.

Eisfeld, 31. März.

Hier herrscht Generalstreik. Bisher wurden ungefähr 1000 Gewehre abgeliefert. Der Aktionsausschuß ist noch in Tätigkeit. Der Bezirk innerhalb der Stadt wird aufrechterhalten. Generalstreik herrscht auch in Remscheid, wo nicht einmal die Straßenbahnen verkehren.

Die Bürgermeister von Oberhausen, Remscheid und Mülheim sind ihres Amtes entsetzt worden und haben die Stadt verlassen. In Duisburg hat sich der Oberbürgermeister auf den Teil der Stadt zurückgezogen, den die Belgier besetzt haben.

Die Schuld der Regierung.

Die „Frankfurter Zeitung“ schildert in einem längeren Artikel die Zustände im Industriegebiet, wobei sie darauf hinweist, daß das Leben in den Städten bis in die letzten Tage hinein seinen geordneten Gang ging. Die Bergwerke arbeiteten, die Fabriken liefen, kommunale und staatliche Behörden waren in ihrer Tätigkeit ungehemmt. Vollzugsräte übten nur eine kontrollierende Tätigkeit aus. Alles deutete darauf hin, daß die Krise eine friedliche Lösung finden würde.

In diese Situation, die für alle Beteiligten leidlich erträglich war und die in kurzer Zeit ganz von selbst zur vollen Wiederherstellung geordnetem Zustände geführt hätte, pläzt nun das Ultimatum der Regierung. Seine Wirkung war vorwiegend auf die Arbeiter, von dem denkbar größten Mißtrauen gegen die Regierung erfüllt, schließt sich zu neuer Einzelkämpferei zusammen, nicht mehr gegen die Reichswehr allein, sondern gegen die Regierung mit, die in den Augen der Arbeiterschaft heute mehr denn je des Einverständnisses mit den reaktionären Militaristen verdächtig erscheint. Und das ist vom Standpunkt der Arbeiterschaft keineswegs so unerträglich. Wir haben bereits früher auf die geradezu unermesslichen Fehler und Unterlassungsstände der Berliner Stellen hingewiesen. Das Stranzensystem, das die Regierung dem

General v. Watter aufgesteckt hat, dessen Abwendung nicht nur von den drei sozialistischen Parteien, sondern auch von einem Teil des Bürgertums gefordert werden war, ist von der gesamten Arbeiterschaft als Herausforderung empfunden worden. Und die Tatsache, daß in den Reihen der Reichswehr der Minister und Befehl der versprochenen Offiziere und Truppen der Detachements Lichtschlag und Schutz, die durch ihren Uebergang zur Regierung Kapp-Lüttich und durch ihren provokierenden Einmarsch in das Industriegebiet die eigentlichen Urheber der blutigen Ereignisse geworden sind, Aufnahme gefunden haben, erleichtert es Unabhängigen und Kommunisten, die Ueberzeugung zu beschärfen, daß es auf neue gegen die Reaktion gehe, auf die die Regierung sich in der Kappprobe mit der Arbeiterschaft führe.

Die „Frankfurter Zeitung“ schildert die Verhältnisse durchaus zutreffend. Wenn sich die Regierung durch einen zuverlässigen Vertreter an Ort und Stelle ein objektives Bild über die Lage gemacht und das Völkerverbot Abkommen rechtlich anerkannt hätte, wäre im Ruhrgebiet schon längst alles in hefter Ordnung. Aber die Regierung hat den Stimmen der Vernunft kein Gehör geschenkt. Sie ist den Einflüsterungen der monarchistischen Offiziere erliegen, die wegen der erlittenen Niederlage an der Arbeiterschaft Rache nehmen wollen, und so hat sie, statt die Gemüter zu beruhigen, durch ein provokatives Ultimatum die Lage ungemein verschärft. Erst wenn die Regierung sich von den Generalen losläßt, wird im Lande Ruhe eintreten.

Die ausgestochenen Augen.

In den letzten Tagen der Kappwoche wurde von militärischer Seite gemeldet, daß in Adlershof bei Berlin eine Anzahl Offiziere ermordet und die Leichen dann in bestialischer Weise vergraben worden seien; Ohren und Nasen seien abgeschritten, die Augen ausgestochen worden. Tags darauf mußte diese Meldung amtlich widerrufen werden. Es war eine Grenzgeschichte von der Art, wie man sie zur Verneinung von Belgien her noch in aller Erinnerung hat. Gestern abend berichtet die „Post“ wiederum von ausgestochenen Augen.

Ein Mitglied der Sicherheitspolizei, das von Essen, wo es mit knapper Not dem Tode entronnen sei, nach Berlin geflohen ist, gibt eine Schilderung der ihm zuteil gewordenen Behandlung. Wir hören, daß der Sicherheitspolizei von den Spartakisten ohne Verhandlung an die Wand gestellt worden sei, daß jedoch von einer sofortigen Erschießung abgesehen wurde. Aus einem finsternen Loch, in das man ihn sperrte und wo er ohne Nahrung blieb, habe er sich befreien können. In Essen wurde er mit 150 anderen Sicherheitspolizisten wieder verhaftet. Dreiwertel Stunden lang hätten die Gefangenen mit erhobenen Händen gehen müssen. Dann erzählte er, in welcher bestialischen Weise man gegen die Angehörigen der Sicherheitspolizei vorgegangen sei. Man habe solange mit Gewehrkolben auf sie eingeschlagen, bis sie ihr Leben ausgehandelt hätten; einem schwerverwundeten Hauptmann habe man die Augen ausgestochen, so daß er infolge dieser Mißhandlung starb, die Verletzungen habe man den Leuten geraubt. Schließlich sagt aber der Gewährsmann der „Post“: „Was aus meinen Kameraden geworden ist, weiß ich nicht. Ich höre nur ganz unkontrollierbare Gerüchte, daß sie zum Teil erschossen worden sind.“

Soweit der Mann seine eigenen Erlebnisse schildert, muß man sagen, daß sie im Entferntesten nicht so schlimm waren, wie die Behandlung, die den Arbeitern in der Regel von der Soldateska zuteil wird. Wenn er als Arbeiter in deren Hände gefallen wäre, so hätte man ihn sicher nicht nur an die Wand gestellt, sondern ihn auch sofort zum Tode befördert. Die übrigen Geschichten kennt er aber nur vom Hörensagen und er muß selbst zugeben, daß es unkontrollierbare Gerüchte gewesen seien. Solche Gerüchte genügen aber der „Post“, wie den ganzen reaktionären Presse, um darauf ihre Behauptungen vom „roten Terror“ und vom Schreckenregiment der Roten Arme aufzubauen. Die ausgestochenen Augen dürfen selbstverständlich auch bei dieser Gelegenheit nicht fehlen.

Unzulängliche Zugeständnisse.

Die Zentralarbeitsgemeinschaft und die Bezahlung der Streiklage.

Der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hat in seiner Sitzung am 29. März zu den mit dem Generalstreik zusammenhängenden Fragen Stellung genommen und folgenden Beschluß gefaßt:

Der Zentralvorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft bedauert, daß durch eine Verkettung von Umständen es nicht möglich gewesen ist, durch gemeinsames Vorgehen, wie es den paritätischen Grundsätzen der Zentralarbeitsgemeinschaft entspricht, dem Kapp-Lüttich-Putsch ein sofortiges Ende zu bereiten. Es herrscht Einmütigkeit darüber, daß der Bestand der Zentralarbeitsgemeinschaft für die Weiterentwicklung unseres Wirtschaftslebens unbedingt erforderlich ist.

Was die Frage der Bezahlung der Streiklage anlangt, so hält der Zentralvorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft dafür, daß, trotzdem eine rechtliche Verpflichtung zur Bezahlung der Streiklage nicht besteht, eine wirtschaftliche Weisheit es gebietet, in diesem außergewöhnlichen Fall für die Zeit des Generalstreiks eine weitgehende wirtschaftliche Weisheit zu gewähren. Auch dürfen die Streiklage nicht auf die Urlaubstage angerechnet werden. Bei bereits abgeschlossenen freien Vereinbarungen soll es sein Bewenden haben.

Mit der drohenden Idee des „paritätischen“ Generalstreiks wollen wir uns nicht näher beschäftigen, denn die Arbeiterschaft hat gegenwärtig wichtigeres zu tun, als die Frage zu erörtern, ob sie wohl durch „gemeinsames Vorgehen“ eine Einheitsfront mit den Unternehmern im politischen Kampfe bilden könnte. Soweit sich jedoch der Beschluß auf die Bezahlung der Streiklage bezieht, erscheint er uns unzulänglich, denn was ist eine „weitgehende wirtschaftliche Weisheit“? Die Arbeiter verlangen keine „Beihilfe“, sondern sie fordern den Lohn für die Tage, an denen sie ihrer Arbeitsstätte ferngeblieben sind und den Kampf geführt haben — nicht für ihre eigenen, sondern für die Interessen der Gesamtheit. Wir wiederholen, sie haben ein Recht darauf, und es ist Pflicht der Regierung, ihren Rechtsanspruch zu bekräftigen durch eine entsprechende Verordnung. Und es gehört sich nicht, daß die Zentralarbeitsgemeinschaft durch solche halben Beschlüsse jenem Terror der Spartakischer Vorherrschaft leistet, von dem wir gestern sprachen. Darum kann es auch nicht bei den schon abge-

schlossenen „freien Vereinbarungen“ sein Bewenden haben, denn sie sind keineswegs frei abgeschlossen, sondern einseitig von den Unternehmern verfügt.

Die organisierten Angestellten zur Generalkonferenz.

Von der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände ist uns geschrieben: „Angefaßt der sensationellen Hofschilderung die gestern abend über die Haltung der Gewerkschaften zu dem Konflikt im Ruhrgebiet verbreitet wurden, stellte der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände in Uebereinstimmung mit der bereits von den Abgeordneten des Reichstages verfaßten Beschlüssen fest, daß die U.S.A., der allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Beamtenbund bisher in keine Erörterung über die Wiederaufnahme der Gewerkschaften eingetreten sind. Es haben also auch in den letzten Abhandlungen über den Eintritt in einen neuen Konflikt nicht mitzugesprochen. So eine demütigende Stellungnahme heute trotzdem verbreitet wird, geht sie von unbestimmten Stellen aus. Ihre Ergebnisse sind für die gewerkschaftlichen Organisationen belanglos. Wir hoffen, daß es gelingen wird, um Vermeidung jeden unzulässigen Einmischens auf dem Verhandlungswege eine Entspannung des Konflikts im Ruhrgebiet herbeizuführen.“

Kämpfer für die Kultur.

In der „Deutschen Zeitung“ veröffentlicht ein General von der Goltz über „Heer und Volkswirtschaft“. Wir lesen folgendes:

Wir stehen mitten im Bürgerkrieg. Die militärische Volkswirtschaftliche Organisation ist im Ruhrgebiet und an anderen Stellen fertig und nur zu gut, die osteuropäischen Volkswirtschaften sind wenigen Wochen oder Monaten an unseren Grenzen zu erwarten. Wird nicht noch im letzten Augenblick das Bürgertum einschleichen, das auch nur etwas bestehenden und erlösen Arbeiter einigt, bezieht unsere alte Kultur in ein Nichts, die Intelligenz wird abgeschlachtet oder zwangsweise in die Rolle Fremde gestellt, Deutschland und nach ihm Europa geht zugrunde, wie das alte Rom untergegangen ist. Auch die leider zahlreich Kultur-Schmarotzer, um die es nicht schade ist, und die Soldaten Volkswirtschaften mögen sich das merken.

Die Lösung heißt also Kampf und Einigkeit. Wir wissen nicht, ob der Leitartikel des alldeutschen Blattes derselbe General Graf von der Goltz ist, an dessen Herrschaft die Bewohner des Reichslands nur mit einem Hauch gedenken. Wie der Volkswirtschaft in den kollektiven Bedingungen bekämpft worden ist, wie dort für die „Kultur“ gearbeitet wurde, das ist noch in frischer Erinnerung. Ein Stück der von dem Grafen von der Goltz im Weltkrieg verbreiteten „Kultur“ haben wir erst vor zwei Wochen zu kosten bekommen. Und wir denken, daß das deutsche Volk für alle Zeiten davon genug hat.

Der Abtransport der Marinebrigade Ehrhardt.

Der Abtransport der Marinebrigade Ehrhardt nach dem Ruhrgebiet, der infolge des Widerstandes der Bahnarbeiter nicht ausgeführt werden konnte, wird, wie die „Telegraphen-Union“ erzählt, nunmehr vom 1. April ab planmäßig durchgeführt werden. Alle Schwierigkeiten konnten behoben werden. Die Stärke der Brigade beträgt gegenwärtig 8—1000 Mann wie vor Beginn des Kapp-Putsches. Alle Zeitfreiwilligen, die sich der Brigade angeschlossen hatten, sind wieder einzulassen worden.

Daß die Zeitfreiwilligen entlassen sind, bedeutet nicht etwa, daß sie entlassen sind. Es liegt vielmehr im Sinne dieser Formation, daß sich ihre Mitglieder bei einem Truppenteil einschreiben, um im gegebenen Moment aufgerufen zu werden. Das Zeitfreiwilligenwesen ist die nach Form der Bewaffnung der Bourgeoisie als Klasse gegen die revolutionäre Arbeiterschaft. Die reiflose Befreiung der Zeitfreiwilligen ist deshalb eine Hauptforderung der Arbeiterschaft.

Die Einwohnerwehren.

Durch eine neue Erklärung versucht die Zentrale der Einwohnerwehren den Glauben zu erwecken, als ob sie in den Tagen des Kapp-Putsches lediglich für die Erhaltung von Ruhe und Ordnung gesorgt hätte. Die Notwendigkeit einer Umbildung der Einwohnerwehren bestehe also nicht.

Demgegenüber sei noch einmal festgestellt, daß die Reichszentrale für Einwohnerwehren sich am 13. März durch eine amtlich von Wolffs Bureau verbreitete Erklärung unter die neue Regierung der Arbeit gestellt hat; daß sie weiter am 18. März sich die Parole der Putschisten zum Kampfe gegen die Arbeiter zu eigen machte und um den Charakter der Einwohnerwehr zu verschleiern, den Aufmarsch zum „Kampf gegen den Völkerverrat“ durch Leute verbreiten ließ, die sich als Einzelne verkleiden konnten. Welche reaktionäre Gesellschaft in den Einwohnerwehren ihr Wesen weißt, geht aus einem Befehl hervor, der während des Kapp-Putsches vom Subregiment Oranien, das aus Zeitfreiwilligen besteht und in Charlottenburg kampft, an 28 Arbeiter des dortigen Gaswerks gerichtet worden ist. Es heißt in diesem Befehl: „Wenn Sie bis Donnerstag früh die Arbeit nicht wieder aufnehmen, werden sie handverlesen behandelt werden!“ Dieser Befehl hat die geschlossene Front der Arbeiter nicht durchbrechen können; aber er ist, wie so vieles andere, was von den Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligen-Regimenten ausgeht, ein Beweis dafür, daß mit der Befestigung dieser reaktionären Gebilde nicht länger gewartet werden darf.

Die Opfer der Kämpfe in Halle. Dem „Magdeburger Zeitung“ berichten die Kämpfe in Halle a. S. unter der Führung der Bevölkerung 870 Tote, hauptsächlich auswärtige Arbeiter. Die Verluste der Truppen betragen 27 Tote und 95 Verwundete.

Der Kongreß der Eisenbahner der französischen Ostbahn erklärt in einer Entschliessung, daß allen die revolutionäre Aktion des Proletariats weit beizustimmen. Er verpönt die Propaganda in rein revolutionärem Geiste durchzuführen und erklärt seine volle Uebereinstimmung mit der Arbeiter-Internationale.

Ausschließung des New Yorker Sozialisten. Der Parlamentsausschuß des Staates New York, der eine Untersuchung über die Verschuldung der Abolitionisten gegen fünf sozialistische Abgeordnete vorzunehmen hatte, beschloß mit 7 gegen 6 Stimmen, die Sozialisten auszuschließen. Die Partei ist, so heißt es, mit ihrem gegenwärtigen Programm in den Vereinigten Staaten eine sozialistische lokale Organisation und keine ausschließliche aus Leuten, die sich unumwunden dem Reiz des Kapitalismus

Abrechnung mit den Schuldigen.

Preussische Landesversammlung.

122. Sitzung, Mittwoch, 30. März 1920.

Vortsetzung der Debatte über die Regierungserklärung.

Der Antrag zum Haushaltsplan 1919 wurde nach kurzer Aussprache in zweiter und dritter Beratung angenommen. Ebenso geschah es mit dem Antrag betreffend die einstweilige Regelung des Haushalts für 1920 und mit dem Antrag auf Erhöhung der Aufwandsentschädigung der Abgeordneten. Dann wurde die Debatte über die Regierungserklärung fortgesetzt.

Hg. Rosenfeld (U. Soz.):

Man kann sagen: es kam, wie es kommen mußte nach der Politik der Dörsch, seine Rolle. Wie oft haben wir vor der Gegenrevolution gewarnt. Aber gegen uns wurden Ausnahmestände und Schutzmaßnahmen und unsere Presse wurde unterdrückt. Gegen uns schwenkte man die Peitsche. Nach rechts oder links man konnte Mahnungen und ein „Bitte, bitte!“ (Sehr richtig!) Darum wunderte es uns auch nicht, daß Herr Kapp Herr Heine zum Eintritt in die Regierung aufforderte. Sie hätten zueinander. Wie oft haben wir die Demoralisierung der Verwaltung gefordert. Es ist nicht geschehen und am 13. März haben Sie die Rechte geerntet. In einem wichtigen Posten haben Sie den Vertrauensmann der Monarchisten Herrn v. Dörsch trotz unserer Warnung belassen. Weiter erinnere ich an Dörsch, Jumbach und an Winnig. Besondere Beachtung verdient, daß die preussischen Beamten erst in den letzten Tagen auf die Verfassung vereidigt worden sind. (Hört, hört!) Erwähnen möchte ich nur das eigenartige Verhalten des Schöneberger Oberbürgermeisters Dominikus, der am 13. März seine Beamten zur Vereidigung bestellt hatte, dann aber mit Rücksicht auf den inzwischen vollzogenen Putsch nicht zur Vereidigung schritt, um seine Beamten nicht in einen Verweissungsfall zu bringen. (Sehr wahr, hört links.) Nach meiner Meinung hätte er die Vereidigung vornehmen müssen. Indem er dies nicht tat, hat er bewiesen, wie wenig ihm sein demokratisches Programm bedeutet, worin doch das Eintreten für die freie, demokratische Republik enthalten ist.

Wir haben vorausgesehen und vorausgesagt, wohin die gegenrevolutionäre Entwicklung führen würde. Mein Parteifreund hat hier bereits am 2. Februar ausgesprochen: „Ka richtig, die Rechte denkt nicht an Gewalt. Sie haben auch die Gewalt nicht nötig. Wenn sie mal so weit sind, und die heutige Regierung noch da ist, wird gar kein Schuß losgehen. Man wird kein Knochengeräusch brauchen. Man wird Herrn Dörsch, Herrn Kapp, Herrn Heine und Tausend Quantal bitten, in dem betreffenden Auto Platz zu nehmen, und dann wird man sie dahin fahren, wo man vor ihnen Ruhe hat.“ (Sehr richtig!) Fast genau so ist es gekommen, nur daß sich die frühere Regierung vorlichtgerichtet das Auto selbst besorgte. Wir kennen die direkte und schwere Schuld der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Aber nicht minder groß ist die Schuld der Parteien, die die Regierung Kapp-Heine immer gedeckt haben. (Sehr wahr b. d. Unabh.)

Herr Dörsch gewährt gestern, indem er sich als Leiter der Republik ausspricht, einen überaus komischen Anblick. Das Verweissungsmaterial über die engen Beziehungen zwischen der Deutschnationalen Partei und den Kappisten ist in solcher Fülle vorgetragen, daß ich mir ein Einzelnes darauf ersparen kann.

Ein Wunsch hat der Staatsrat Herr Kapp-Lüttich allerdings geäußert.

Er hat das gesamte Proletariat zu einmütigem Handeln zusammengeführt und das Nachdunkeln gewaltig gestärkt. Raum war bekannt geworden, daß sich die Kappisten in die Ministerfessel geschwungen hätten, um das Proletariat unter Führung der Unabhängigen Sozialdemokraten und unter Mitwirkung der Sozialdemokratischen Partei sowie der Gewerkschaften mit einer Einmütigkeit und Geschlossenheit in den Generalstreik ein, wie wir es noch nie erlebt hätten. (Sehr richtig links.) Dieser Streik ist von Herrn Dörsch als ein unmoralisches Mittel bezeichnet worden. Ein solcher Vorwurf steht einem Manne schicklich an, dem zur Aufrechterhaltung der alten Herrschaftsverhältnisse kein Mittel zu unmoralisch war. Man hat auch geglaubt einen Widerspruch feststellen zu können zwischen dem Wort: „So-

zialismus ist Arbeit“ und unserer Generalfreilassungsparole. In Wirklichkeit zeigt sich daran nur die Verjährenhaftigkeit der Parteien noch. Die Arbeiterklasse ist bereit zu arbeiten, so sehr es in ihren Kräften steht, soweit es sich um Arbeit für die Allgemeinheit handelt. Sie ist aber auch bereit, alles zu opfern, wenn es um ihre Freiheit geht. (Sehr richtig links.)

Als die Gegenrevolution zu eingesetzt, wo waren da die preussischen Minister? Am 13. Januar, als es galt auf fruchtlose Arbeiter zu schießen, da hat Herr Heine Mut gehabt, da ist er selbst im Reichstag gewesen. Am 13. März aber waren alle miteinander verschwunden. Die von Heine organisierte Sicherheitswehr hat sich als ein untaugliches Instrument erwiesen zur Bekämpfung der Reaktion. Sie hat sich im Gegenteil als deren starker Hort entpuppt. Sofort mit Beginn des Putsches tauchten der berühmte Oberst Reinhardt und der noch berühmtere Hauptmann Hessel in ihr auf.

Was aber das Angehörigverhältnis von allem ist, ist die Tatsache, daß der Menschenjäger Kapp auf die freisinnige Arbeiterklasse losgegangen wurde. (Sehr wahr, hört links.) Nun trotzdem die Reaktion zurückgeschlagen wurde, so ist dies dem einmütigen Kampf der Arbeiterklasse, der Kapp- und Kappkollaborateure, zu danken. Demgegenüber konnte und mußte das Eingreifen der kleinen wirklich republikanischen Kräfte des Bürgertums nur von recht geringer Bedeutung sein.

Was wir zu erwarten gehabt hätten, wenn der Militarismus triumphiert, wenn der Putsch gelungen wäre, davon haben wir einen Vorgeschmack erhalten in den Taten der Reichswehr in den nächsten Umgebung von Berlin und in Mitteldeutschland. Man war drauf und dran, den weißen Schrecken aufzurichten. Aber auch was heute noch geschieht, trotz aller Versicherungen, ist ungenügend genug. In Adenau ist mein Parteifreund Mitglied dieses Hauses nicht mehr, sondern von der Soldateska zum Tode verurteilt worden. (Stärkliches Hört, hört.) Nur einem glücklichen Umstande ist es zu danken, daß er nicht ergriffen wurde.

Nach gestern ist Militär in Adenau erschienen, um Arbeit und einen rechtssozialistischen Gemeindevertreter zu ergreifen und, wie Sie sagten, ohne weiteres zu erschließen. (Stärkliches Hört, hört.) Bewegung im ganzen Hause. Was tut die Regierung und was hat sie getan, um solche Dinge unmöglich zu machen? Es handelt sich nicht etwa um einen Einzelfall. Hunderte solcher und ähnlicher Fälle sind bis in die letzte Zeit vorgekommen. Wie haben diese erhalten, worin geschah es, daß unter menschlichen Qualereien die Opfer der wildgewordenen Soldateska hingerichtet worden sind. Jüngst sind es bürgerliche Anführer, die ergriffen und bestialisch gemordet wurden. (Sehr wahr, links.) Wie es in Adenau geschah und weiter erinnere ich an die barocke Tortur, die an einem unglücklichen Menschenfänger in der Reichswehr verübt wurde. Alle diese Verbrechen sind nach Schöne, ebenso wie die in Halle, in Linde, in Berlin und Thüringen begangenen. Solche Verbrechen sind schlimmer als die im zaristischen Rußland. (Zustimmung links.)

Damit ist die Liste der Schandthaten noch lange nicht erschöpft. Wärdig reißt sich die am Sonnabend vollzogene Verhaftung von etwa 1000 Ausländern, meist Östern, hier in Berlin diesem Vorgehen an. Das geschah zu einer Zeit, wo man annehmen konnte, daß das Militär nicht mehr im Besitze der unumschränkten Gewalt sei. Wie sinnlos man bei Ausführung des Befehls verfahren ist, beweist die Tatsache, daß man schon nach der ersten ganz oberflächlichen Prüfung von den 1000 Gefangenen nur etwa 250 zurückhalten konnte. Sie wurden nach dem Lager Rössen gebracht, wo schließlich auch die Lebrigen 750 auf einen 40 Personen entfallenden Raum mußten. (Hört, hört.) Und wegen dieser vierzig „Verdächtigen“ mußten in Hunderte von Familien Angst und Schrecken getragen werden. Dieses sinnlose Vorgehen ist entsprungen dem Betreiben, Judentum anzugehen. Die Politikverwirrer sind ganz darauf eingestellt, Reichswehroffiziere bestellenden Hauptmänner, worin zum Wort an bestimmten Personen aufgefördert wird. Herr Viktor Kopp, der Vertreter der russischen Regierung, kann keinen Auftrag, sich um das Los der russischen Gefangenen in Deutschland zu kümmern, nicht erfüllen, weil ihm deutsch-russische Offiziere der Vermittlungstruppe nachstellen. (Große Unruhe.) Alles das wird nicht günstig wirken auf die Verhandlungen eingeleiteten Verhandlungen mit der russischen Regierung. Viele von denen, die heute so schamlos verurteilt werden, sind gar nicht freiwillig hierher gekommen, sondern infolge des Krieges hierher geschleppt worden. Sie haben den Krieg führen helfen müssen und haben keine Möglichkeit

heit in ihr Land zurückzuführen. Sie hätten also allen Anspruch darauf ausüben zu können, daß sie in ihrer Heimat behandelt zu werden. (Sehr wahr b. d. Unabh.) Es ist unverantwortlich, daß dieselben Kräfte, die damals befürworteten, daß die Unglücklichen hingerichtet wurden, nun gegen sie losgehen. Man muß die Ausländerfrage ganz anders angehen.

Ein beklämendes Kapitel für die jetzige Regierung ist es auch, wie gegen den als Unterhändler der Kapp-Regierung nach Berlin entsandten Dr. Duncker verfahren worden ist, der nicht dem Minister Grabow auf Seckels Gehalt verhaftet wurde. Auch die ungerechtfertigte Verhaftung meines Parteifreundes Seckels darf nicht unerwähnt bleiben. Torgler wurde kein Mensch angegeben, wahn er gebracht worden war. Aber nicht genug damit, daß täglich noch Liebesbriefe vorkommen. Zeitlich sonar Gehrhardt wieder in Dörsch angelangt und sofort täglich nachschub an Mannschaften und Munition und außerdem drei Millionen Mark in bar. (Sturm, Hört, hört.) Die Gegenrevolution ist noch keineswegs zu Boden gestiegen. Sie ist noch wie vor im Reichswehrministerium. Der General Seckel hat neuerdings verfügt, daß alle diejenigen, die sich als Parteifreunde während des Generalkrieges, also gegen die Arbeiterklasse zur Verfügung gestellt haben, als beachtlich anzusehen sind. So wird für die gegenrevolutionären Elemente gesorgt. Von einer gleichen Fürsorge für die kämpfende Arbeiterklasse hat man jedoch noch kein Erwähnungswürdiges gehört. (Sehr wahr b. d. Unabh.)

Auch der Präsident dieses Hauses hat als Regierungskommissar für Hannover jede Rücksicht auf die Arbeiterklasse lassen. Er hat gegen das Mitglied meiner Partei, Herrn Kapp, der noch bis vor kurzem bei den Rechtssozialisten war und dort allerdings zu Reiner in Opposition stand, einen Justizhelfer befehligt, nachdem er von den Kappisten in Haft gesetzt war. Und das Tollste an der Sache ist die Begründung des Herrn Reiner. Die Haft wird verhängt, weil gegen Willen und ohne Wissen des Reiner ein Flugblatt verbreitet worden ist, das er mitverfaßt hatte. Wenn das ein Rechtssozialist ist, was kann man dann von den Militärs erwarten. Ebenso unerträglich liegt ein anderer Fall. Ein gewisser Wöhl wird mit Leiner's Zustimmung verhaftet, weil er „Wahrscheinlich“ noch Mitglied des Zentralkomitees der R. P. D. sei. Trotz aller Ermahnungen ist bisher keine Spur mehr von dem Manne aufgefunden worden. Herr Reiner sollte sich verpflichtet fühlen, sich darum zu kümmern, daß der Mann nicht spurlos verschwindet, sondern schnellstens freigelassen wird.

Unser Parteitag in Erfurt steht heute noch unter militärischer Zensur. Die großen Lügen im Text machen dies jedem augenfällig. Fürwahr, alle diese Zustände, die sich unter den Augen der Regierung abspielen, sind in keiner Weise vertrauenswürdig. Was tut die Regierung, um die Rechte des Volkes zu schützen und so barmherzige Zustände, wie sie noch in weiten Teilen des Landes herrschen, endlich zu beseitigen?

Während der Regierung und den Gewerkschaften sind Vereinbarungen getroffen worden, die den Organisationen einen entscheidenden Einfluß einräumen. Wie haben gestern gehört, daß das Zentrum und die Demokraten diesen Forderungen abweisend gegenüberstehen. Demgegenüber betonen wir mit allem Nachdruck, daß wir mit der ganzen Kraft unserer Partei hinter diesen Forderungen stehen und für deren Durchsetzung einsetzen werden. (Sehr richtig links.) In bezug auf die Rechte der Rechtssozialisten keine größere Energie dafür aufgewendet haben, daß den Forderungen der Vertreter von 12 Millionen deutscher Arbeiter entsprochen wird. Insbesondere bedauern wir, daß ein Mann, wie der Eisenbahnminister Dörsch in der Regierung verbleiben ist, obwohl er durch sein oberflächliches Vorgehen bei Schließung und Wiedereröffnung der Eisenbahnwerkstätten sich alles Vertrauen verlor hat und auch nach dem Streik durch seinen Erfolg über die Wiederaufnahme der Arbeit bewiesen hat, welcher Geist ihn noch immer beherrscht. (Sehr richtig b. d. Unabh.)

Auch daß Herr Dörsch sich in die neue Regierung hinübergerettet hat, erfüllt uns mit Bitterkeit. (Weiß bei den Unabh.) Die Reaktion in der Schulverwaltung ist mit die härteste Stütze der Gegenrevolution. Am 13. März sind viele Schulleiter in das Lager der Kappisten hinübergegangen. Wir schließen und deshalb den Forderungen des Verbandes sozialistischer Lehrer an, die eine gründliche Säuberung der Schulverwaltung erstreben. Herr Dörsch hat zwar Bitterkeit gelobt haben. Nach den Erfahrungen, die wir bisher mit ihm machen mußten, können wir ihm jedoch kein Vertrauen schenken.

In Bezug auf die Umbildung der Reichs- und Elberheimwehr

sind uns gleichfalls Zusicherungen gemacht worden. Was ist bisher hierin geschehen? Noch heute sind diejenigen Mannschaften nicht wieder eingestellt worden, die während des Putsches entlassen wurden, weil sie sich weigerten, für die kaiserliche Dienst zu tun. Wenn nicht bald und gründlich an-

Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Kugler.

Der Bauer beugte sich bis zur Tischkante vor, sah seinen „Einzigen“ mit emporgeschobenen Augenbrauen an und begann mit dem Kopfe wie ein Pagode zu niden. „Bist mir a rarer Vogel, du!“ summte er.

„Warum, Vater?“

„Warum? Warum? Wirst's wohl wissen warum und daß ich das dummeuerrische Gefrag' nit leiden kann, weißt auch! Bist heut' nicht nit d'ganze Wiesen quer h'munter und quer'auffi gelockt? Was denkst denn eigent'lich dabei, wenn du da sein bist in Grund und Boden h'reintrittst, 's meine oder 's deine? Ich mein' schier, 's wird 's meine sein, nach lang' nit 's deine, verbleibt, und daß du mir 's meine schiddest, dogeg'n tu' ich Einspruch! Kommt' du mir nur nit etwa mit der dalksten Red', daß 's ja doch 'mal 's deine sein wird', da hat's, wie g' sagt, noch lang' hin, und wenn du dich gleichwohl in dein' Gedanken als künftigen Eigner aussprichst, wo ist diekebe Urachsigkeit?' nur noch blümmen und ich seh' wohl, es is a reine Unad' vom Himmel, je länger er mich da of der Wirtschaft sitzen laßt und so lang' ich mich noch hiffel rühren kann, denst' du auch nit an's Verberaten und daß ich dir in d'Ausnahm' geb'! Noch lang' nit! Denn kann wärs du da der Herr davon, rennest nur wohl mit lustige Brüderlein gleich rudelweis über Felder und Wiesen und trestest n' Gottesdien in d' Erd'; das is aber der Anlana vom Verberaten und da konnt' ich's wohl bald erleben, daß mein Ausnahm'sübel mit einmal kein Dach und keine Mauern mehr höll'! Ach, nein, ich hab' wohl mein hindianen Notarius, wann ich einmal geh' — noch denst' ich nit d'ran — aber dann muh der mir d' Sach' so verklaulieren, wann gleich kein Stein vom Haus und kein verbleibt Boden mehr dein bleibt, daß doch ich da mein Verbleiben und Auskommen hab', und für den Fall löffl' du aus, was d' dir einbrodt hast, von mir darfst mit 's G'rinde erwarten; als Ausnahm' kann ich kein' Einlezer branden. Verbleibt? Na, da sibt er, der Röll, und laßt in sich h'neinreden wie ein Stod.“ Er schlug mit der Hand in den Tisch.

„Sag' mir nur, 's Eine möcht' ich doch wissen, was hast denn eigentlich af der Wiesen 'juden a'habt?“

„Aber gar nit nit, Vater. Freig'standen, es war halt ein un'sinn's Stück.“

„Ein un'sinn's Stück? Na ja, hab' mir's eb' denst, daß is allweil dein' letzte Red'“. Bis zum Hals h'nauß hab' ich's schon, deine un'sinn'ten Stüdeln! Komm' mir nit wieder damit!“

„Es wird nit mehr vorkommen.“

Der Alte erhob sich. „Sagst auch allweil, aber wann du glaubst, mit mir wachen zu können, werd' ich dir doch 'nächst ein' Ernst reizen.“

„Wird nit noimenda sein.“

Der Bauer duckte den Kopf zwischen die emporgeschobenen Kähnen und ging murrend nach der Türe.

„Gute Nacht, Vater.“ rief Toni und sah ihm verstoßen schmunzelnd nach.

Der Alte ging nach seiner Schlafkammer, die nichts enthielt, als ein Nachtkästchen, zwei Stühle und ein Bett mit eisernem Gestelle; da höllt sich kein Ungewisser, und auf Strohhack, Koffhaarpöller und unter rauher Mobe schlüß sich's am gekündelten, das hatte dem Sternsteinhof-Bauer Einer verschert, der bei den Soldaten gewesen und trotz ansehenderer Strapazen hundert Jahre alt geworden war und so weit, hoffte, er es auch zu bringen. Er dachte, daß er noch lange nicht in's Ausgedina müßte, und an den un'sinn'ten Stüdeln' keines Sohnes immer eine gute Ausrede haben werde, wenn er vor der Zeit und zu dessen Gunsten auch nicht wolle.

Das hätte der Toni wissen sollen; ihm würde über seinen nachsichtigen Vater das Baden vergangen sein.

VI.

Am Morgen des zweiten Tages darnach schante der Toni vom Sternsteinhof an der Bretterwand einer Scheuer und schmauchte sein' Pfeifchen. Er sah hinab nach dem Häuschen des Kleebinder Muderl, der sich im Vereine mit dem alten Tagewerker Gregori mühte, eine arache Kiste heraus und auf einen Sädelkarrn zu schaffen; nachdem sie das fertig gebracht, hückte sich der Alte, um das Schreibband, das ihm von den Mädchen herabgeworfen, an die Sandbänke zu legen, dann kniete er in die Häufte, griff zu und fuhr des Weges.

Die Selen, die unter ihrer Türe gestanden hatte, kam

jeht heraus. Muderl lachte sie an der Hand und beide schritten plaudernd, langsam hinterher. Die alte Kleebinderin lief in das Vorgärtel, nidte und lob ihnen lanca nach.

Die Dirne ging mit hohem Kopfe, sie wird also den Soldatiner nur eine Strecke und nicht allweil begleiten.

Toni paffte in kurzen, baltigen Stößen Rauchwölken aus seiner Morgenpfeife, während er den beiden, da unten wandelnden, immer kleiner werdenden Gestalten mit den Augen folgte, bis er sie ganz am oberen Ende des Ortes, nicht größer wie Krähen im Schnee, hinter der Weidmümmung verlor. Er blickte um sich und da er niemand in der Nähe merkte, machte er sich eilia davon, leste, fast laufend, die Strecke, bis zur Brücke zurück, dort lehnte er sich an's Geländer, verstauchte ein wenig und ging dann langsam zum Dorfe hinans.

Er schritt bedächtia immerau, bis er auf Stefene traf, die gerade unter dem Bude stand, wo sie sich damals verstoßen neuweis mit Muderl zusammengefunden.

„Grüß' dich Gott, Dirn.“, laute Toni.

„Auch so viel.“ entgegnete Selen.

„Wobin 's Weg'?“

„n Muderl hab' ich besagt', leht aeb' ich wieder heim.“

„So, n Muderl? Nit das dein' Sach'?“

„Ich wüß' nit, warum ich dich in dem Glauben irr' machen sollt'; er wird schier so was sein.“

„Wundert mich.“

„Daß ich ein' Sach' hab'?“

„Dös nit. Eine, wie du, kann Redn für Ein' hab'n, wann's will.“

„Na, leht weilt, eb'n wenn's af's Wollen ankommt, da tau'n mir die Reine für Ein' schon gar nit; da war' mir schon Einer wie Reine lieber.“

„Na, aber lo Einer wie Reine is doch der Muderl nit!“

„Das sag' ich auch nit, aber ich' mir'n in Fried'. Daß er mir mehr ailt wie ein Anderer, mag dir völlia g'nügen, um wie viel mehr, kann dir gleich sein.“

„Rein, das is mir eb'n nit gleich, das möcht' ich wissen, du, als d' Schönl!“

„Schwäg' du nit von der Schönl! Lang' bevor ihr anahoben habt, mich als diekebe auss'schreiben, hab' ich ihm schon daskit 'gollten. Welleist verbleibt, daß er dadurch schon geg'n andere voraus hat; vielleicht auch nit, sed'nalls erspar' ich's Erklären.“

(Fortsetzung folgt.)

1. Urteilen = urteilen, verurteilen.

Staatliche Tätigkeit und Geschäft.

Wie Großindustrie für ihren Profit sorgte.

Einen sehr interessanten Beitrag zu der Frage der Verquickung von staatlicher Tätigkeit mit persönlichen Interessen, die ja im Selbstzweck eine große Rolle spielt, liefert „Industrie“ in der letzten erschienenen Nummer 11 des „Sozialist“. Bereits im Juli 1919 hatte derselbe Verfasser im „Sozialist“ einen Artikel „Hinter den Kulissen der Schwerindustrie“ veröffentlicht, deren heftige Angriffe großes Aufsehen erregten, die aber von den Angegriffenen ebenso mit Schweigen beantwortet wurden, wie von der Regierung mit Untätigkeit.

Industrie schildert u. a. die Beteiligung des Großindustriellen Klöbner — nebenbei bemerkt desselben Klöbner, der als einer der Hauptkräfte für die Verlängerung der Arbeitszeit der Bergarbeiter angesehen ist — an der Zerstörung der belgischen und französischen Industriewerke. Hier sei besonders interessant der Fall der Grube Auboué. Sie war das größte der von der deutschen Schutzverwaltung im französischen Briegegebiet betriebenen Erzbergwerke. Die durch den Kriegsausbruch stillgelegten Hochöfen wollte die Verwaltung wieder in Betrieb setzen lassen, da eine vorläufige Schmelze ergeben hätte, daß durch Inbetriebnahme der Hochöfen ein monatlicher Gewinn von etwa 500 000 M. erzielt werden könnte.

Sobald Klöbner von dem Man der Inbetriebnahme der Hochöfen Kenntnis erhielt, war es sein Bestreben, dies mit allen Mitteln zu verhindern, da ihm und dem Hochöfenbesitzer die Konkurrenz eines staatlich betriebenen Werks höchst unbecommen gewesen wäre. Klöbner trat Klöbner mit der Forderung hervor, daß die Maschinenanlagen von Auboué unbedingt für die Aufrechterhaltung des Betriebes seines Werkes in Ansehung notwendig seien. Von der zuständigen Prüfungsstelle des Kriegsministeriums wurde schließlich sofort beschleunigt, daß die Maschinen für Annehmungen unentbehrlich seien und daß andere Maschinen im besetzten Gebiet, die an deren Stelle hätten genommen werden können, nicht vorhanden seien. Bei dem starken Einfluß, den die Schwerindustrie auf die über in Frage kommenden Stellen hatte, war die Erteilung einer solchen Bescheinigung nicht verwunderlich. Daß sie in keiner Weise den Tatsachen entspricht, wird sogleich gezeigt werden.

Nur 14 Kilometer von Auboué entfernt liegt das Hochöfen- und Stahlwerk Homécourt, das aus technischen Gründen für eine Inbetriebnahme während des Krieges nicht in Frage kam. Dort lagen mehrere große Maschinen, die statt derjenigen aus Auboué an Annehmungen hätten geliefert werden können. Der Verfasser der amtlichen Bescheinigung über die Unentbehrlichkeit gerade der Maschinen von Auboué weiß nichts davon. Die Maschinen in Auboué wurden abmontiert und nach Annehmungen geschafft und damit natürlich die Inbetriebnahme der Hochöfen in Auboué unmöglich gemacht. Das biete Ende kam jedoch noch, als die Franzosen gegen Ende 1918 in Lothringen einrückten. Sie stellten sofort fest, daß der größte Teil der angelieferten wegen absoluter Unentbehrlichkeit für Annehmungen Mitte 1917 in Auboué abmontierten Maschinen noch auf dem Güterplatz in Annehmungen lag und daß sogar die Vorbereitungen für die Aufstellung noch gar nicht getroffen waren. Nicht mit Unrecht folgerte daraus die französische Behörde, daß die Verschleppung dieser Maschinen von Auboué ein Akt der völkerrrechtswidrigen Sabotage gewesen sei. Es wurde daraufhin der Direktor der Annehmungen Güte zu längerer Freiheitsstrafe verurteilt, und zwar ebenfalls, da er nicht der Anführer gewesen war. Beschränkt ist nur, feststellen zu müssen, daß von deutscher Seite derartige Vorkommnisse ungesühnt blieben und daß erst die einrückenden Franzosen zur Bestrafung dieser Vergehen eingriffen. Zum Schluß sei noch die Frage aufzuwerfen: Wer erlittet der deutschen Bevölkerung den außerordentlichen Schaden, der durch Stillbetriebnahme der Hochöfen in Auboué und den Weiterbetrieb der Waffenschmelze mittels der koreanen Stöbe bis Ende 1918 entstanden ist? Die Angabe, daß nach vorläufiger Schätzung der Gewinn für Auboué monatlich 500 000 Mark betragen haben würde, gibt für die Bemessung des Schadens einen ungefähren Anhalt.

Auch jetzt denkt kein Mensch an Verfolgung dieser Angelegenheit. Das zeigt, wie wenig berechtigt die Entschädigung der Arbeiter über Erzberger ist, die in ihren Reihen sehr einflussreiche Leute haben, die dauernd ihre amtlichen Kenntnisse zu ihrer persönlichen Bereicherung ausgenutzt haben.

Erwerbslosenfürsorge an Ausländer.

Nach dem am 1. April d. J. in Kraft tretenden § 7 der Reichsverordnung über die Erwerbslosenfürsorge wird die Erwerbslosenfürsorge Ausländern nur gewährt, wenn ihr Heimatland deutschen Erwerbslosen nachweislich eine gleichwertige Fürsorge gewährt.

Die der preussische Minister für Volkswirtschaft bekannt gibt, trifft diese Voraussetzung bisher für Deutsch-Oesterreich, die Schweiz und die Tschechoslowakei zu. Den Angehörigen dieser Staaten kann also über den 1. April 1920 hinaus in Deutschland die Erwerbslosenfürsorge gewährt werden wie den Inländern.

Finanzjorgen.

Der Nationalversammlung ist der Entwurf eines Nationalgesetzes zugegangen, nach dem der Regierung des Reiches die Ermächtigung erteilt werden soll, für die Monate April, Mai und Juni alle Ausgaben zu leisten, die zur Erhaltung geschäftlich bestehender Einrichtungen und zur Durchführung gesetzlich beschlossener Maßnahmen erforderlich sind, ferner die rechtlich begründeten Verpflichtungen des Reiches zu erfüllen, und Wahlen fortzusetzen, die bereits durch den Etat eines Vorjahres bewilligt waren. Außerdem sollen unter dem Vorbehalt der Lebensnahme der Eisenbahn und Postverwaltungen durch das Reich, Maßnahmen, die sich aus der Erfüllung des Friedensvertrages bezüglich der Verminderung des Heeres und der Marine ergeben, und endlich können für Meer und Marine bei wachsendem Bedarfs weitere Ausgaben geleistet werden.

Zu diesem Behufe wird die Ausgabe von Schatzanweisungen in Höhe von sechs Milliarden Mark gefordert. Außerdem soll eine Anleihe von einer Milliarde Mark zur Bestreitung der einmaligen Ausgaben beschafft und fern dem Finanzminister die Ermächtigung erteilt werden, für Milliarden Mark in Wege des Anleihe fähig zu machen zur Bestreitung der Ausgaben für die Erfüllung des Friedensvertrages.

Nach dem der Preussischen Landesversammlung zugegangenen Entwurf des Haushaltsplanes für 1920 sind die Einnahmen und Ausgaben auf 5 023 718 845 Mark festgesetzt. Die ordentlichen Einnahmen betragen 5 017 716 645 M., die außerordentlichen 6 012 900 Mark. Die dauernden Ausgaben stellen sich auf 4 719 406 815 Mark, die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben auf 907 322 030 Mark.

Lohnerhöhungen für Bergarbeiter.

Essen, 31. März.

Bei den heutigen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiterverbände und den Zechenverbänden wurde folgende Vereinbarung erzielt: Unter der Voraussetzung einer entsprechenden Kohlenpreiserhöhung tritt vom 1. April für alle Arbeiter über zwanzig Jahre eine Erhöhung der Schichtlöhne unter Tage um 1,50 M. pro Schicht und bei den Bergarbeitern eine Erhöhung des Grundlohnes um gleichfalls 1,50 M. ein. Der Lohn der Tagearbeiter wird um 0,90 M. die Stunde für alle über zwanzig Jahre alten Arbeiter erhöht. Auch die unter zwanzig Jahre alten Arbeiter über und unter Tage erhalten eine ihrem Alter entsprechende Lohnerhöhung, die sich im einzelnen aus der neuen Lohnordnung ergibt.

Es ist ein unerhöhrter Aufzug, daß die unerhöhrlichen Lohnforderungen an die Bedingung geknüpft werden, daß den Zechenbetreibern die Löhne in Gestalt von Preiserhöhungen von den Konsumenten zurückgezahlt werden. Eine solche Methode ist keineswegs gerechtfertigt, denn das Grundkapital steht auch ohne Preissteigerungen immer noch Mißbräusen ein, von denen es sehr wohl höhere Löhne zahlen kann. Die Gewerkschaften sollen sich endlich gegen diesen Ansturm zur Wehr setzen, denn damit wird doch der Heppresse das Argument, daß die Arbeiter an allen Preissteigerungen schuld seien, direkt in den Mund gelegt. Die gewerkschaftsmäßige Hebung dieser Methode muß schließlich zu einer Diskreditierung der Gewerkschaftsbewegung bei der unbeteiligten Bevölkerung führen.

Lohnstatistik.

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: „Die auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums vom Statistischen Reichsamt eingeleitete Lohnstatistik, deren Ergebnisse für die Gestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse von hervorragender Bedeutung sind, kößt in letzter Zeit in einzelnen Fällen auf Widerstand. Obwohl bei den Beratungen über die Erhebungen die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreise im weitesten Maße beteiligt worden sind und volles Einverständnis über Art und Umfang der Statistik erzielt wurde, waren bei der zunächst verfahren freiwilligen Durchführung der Erhebung so große Bedenken zu befürchten, daß der Wert der mit großer Mühe und erheblichen Kosten eingeleiteten wichtigen Arbeit ernstlich gefährdet hätte. Es blieb daher nichts übrig, als zu Zwangsmahnahmen zu greifen. Unter dem 9. März ist eine Verordnung erlassen, die sowohl jeden Arbeitgeber wie jeden Obmann des Angestellten- oder Arbeiterausschusses als auch jeden einzelnen Arbeiter unter Androhung erheblicher Geldstrafe verpflichtet, die Fragebogen genau, vollständig und richtig auszufüllen, zu unterschreiben und rechtzeitig an die bezeichnete Stelle zurückzugeben. Es kann nur dringend empfohlen werden, dieser Pflicht zu genügen.“

Wir sind der Ansicht, daß die Arbeiter und Angestellten keine Ursache haben, die Angaben zu verweigern. Sie sind auch jenseit durch die statistischen Erhebungen der Gewerkschaften daran gewöhnt, ihre Löhne zuverlässig anzugeben, so daß wir nicht annehmen können, daß der Widerstand, über den das Ministerium klagt, bei der Arbeiterschaft vorhanden ist.

Gesetzentwurf über eine Arbeitslosenversicherung.

Ein neuer Entwurf für eine Erwerbslosenfürsorge wird von der Reichsregierung ausgearbeitet, der dem neu gewählten Reichstag vorgelegt werden soll. Der Inhalt des Entwurfes ist etwa folgender:

Gegen Arbeitslosigkeit wird jeder Arbeiter und Angestellte versichert, der gewaltsam von der Krankenversicherungspflicht unterliegt. Unterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit erhält jeder, der ohne sein Verschulden arbeitslos geworden ist. Die Höhe der Unterstützung regelt sich nach Ortlohn und Krankengeld. Die Unterstützung wird zeitlich begrenzt. Der Arbeitslose unterliegt einer genauen Kontrolle. Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung arbeiten Hand in Hand. Die Unterstützungsgeber dienen allein zur Bestreitung des notwendigen Lebensunterhaltes. Die Gemeinden werden verpflichtet für ihren Bereich Erwerbslosenfürsorgeanstalten zu errichten. Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen Beiträge zu diesen Kosten analog der Versicherungsordnung. Das Reich bewilligt zunächst noch Zuschüsse. Wer vermittelte Arbeit ablehnt, ist der Unterstützung verlustig.

Es geht nicht an, daß die Arbeiterschaft durch die Beitragspflicht gezwungen wird, sich selbst gegen Arbeitslosigkeit zu versichern. Solange das Gemeinwesen nicht tut, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden, sondern es den Unternehmern erlaube, die Arbeiter zu sehen ohne zuvor durch Verfürgung der Arbeitszeit und ähnliche Maßnahmen die Arbeitsnot zu mildern, solange kann keine Rede davon sein, daß die Arbeiter einen Teil ihres Lohnes hergeben sollen, um sich gegen Arbeitslosigkeit zu versichern. Ruhnieher dieser „Freiheit“ sind allein die Unternehmer, weshalb zu fordern ist, daß sie auch die Kosten allein tragen.

General Seect freier die Söldner.

General von Seect will auf dem Boden der Verfassung stehen und versichert, daß er den Rutsch Kapp-Lüttwits verurteilt. Er kann aber nur als der würdige Nachfolger von Lüttwits betrachtet werden, denn er hat bisher nichts getan, was als Anfang oder Versuch zu einer Neuordnung innerhalb der Reichswehr gedeutet werden könnte. Im Gegenteil, er erklärt sogar heute noch gewisse Befehle von Lüttwits als zu Recht bestehend und verlangt von den ihm unterstellten Truppenteilen, daß sie durchgeführt werden. So lesen wir in einem Tagesbefehl des Sturmabteilungsschmidts vom 24. März das Folgende:

Die durch Kapp-Lüttwits den Angehörigen der Reichswehr bewilligten Zulagen und sonstigen wirtschaftlichen Vorteile werden auf Befehl des Generals von Seect bis auf weiteres aufrechterhalten.

Als Fleischportion dürfen 150 Gramm frisches Fleisch oder 250 Gramm Fleischkonserve gewährt werden.

Zur Verbesserung der Lebensmittel-Mengen sollen auch Gemüsepotionen mehr empfangen werden.

Die Durchführung dieses Befehls wurde durch General von Seect unter Nr. 40/20 Va telegraphisch angeordnet. Herr von Seect erklärte neulich im „Berliner Tageblatt“, daß man die Söldner „freier“ müsse. Auch wir sind der Meinung, daß die Söldner, die ehrlieh auf dem Boden der Republik stehen, anständig und den allgemeinen Verhältnissen entsprechend bezahlt werden müssen. Das darf aber nur durch das Parlament geregelt werden. Herr v. Seect jedoch macht sich die Befehle eines Hochverräters zu eigen und verfügt über den Kopf des Reichstages hinweg, daß die Bezüge der Truppen von 6 auf 15 Mark pro Tag erhöht werden, genau so wie es Lüttwits, der auch die Söldner „freier“ wollte, angeordnet hatte. Das sieht ganz so aus, als ob Herr von Seect der Testamentsvollstrecker des Hochverräters Lüttwits geworden wäre.

Freiwillige Schulforderungen.

Der Verband sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands und Deutschösterreichs erhebt anlässlich des gegenrevolutionären Staatsstreiches, der durch die mangelhafte Durchsetzung des Beamtenförperts mit republikanisch-sozialistischen Elementen, besonders in der Lehrerschaft, und durch den bisherigen Kurs der Schulpolitik möglich war, folgende Forderungen:

1. Säuberung der Unterrichtsministerien, der Provinzial-Schulkollegien, der örtlichen Schulverwaltungen und Schulleitungen von allen Beamten an maßgebender Stelle, deren reaktionäre Gesinnung zutage liegt.
2. Strenge Untersuchung und Abklärung aller Fälle, wo Lehrer und Schulleiter ausdrücklich zur Mittels bei der Technischen Ausbildung, Selbstverpflichtungsdienst usw. unter der Herrschaft angehalten, beurlaubt, ermuntert oder selbst sich in dieser Formationen betätigt haben.
3. Verbot von Abzeichen und Fandenbändern des alten monarchistischen Deutschlands für alle Schüler innerhalb der Schulräume oder auf dem Wege dorthin. Verbot der Beteiligung an technischen oder militärischen Formationen irgendwelcher Art für Schüler jeder Gattung und jedes Alters.
4. Aufrechterhaltung des Verbots der bisher eingeführten Geschichtslehrbücher.
5. Sofortige Einsetzung von Kommissionen im Geschäftsbereich der Provinzial-Schulkollegien, welche die sofortige Säuberung der Lehrkräfte, Lehrmittel, Bücher und des Wärderschmucks der Schulen von allen monarchistischen und monarchistischen Bestandteilen umgehend in Angriff nehmen. Zu diesen Kommissionen sollen Vertreter der Elternbeiräte, der Schuldeputationen, der sozialistischen Lehrerbereinigungen und der Arbeiter-Bildungsorganisationen als Mitglieder hinzuzuziehen.
6. Aufhebung der verfassungswidrigen Erlasse über die Befreiung vom Religionsunterricht und Anordnung der Anmeldepflicht für die Religionsunwilligen zu Beginn des Schuljahres 1920/21, entsprechend dem Artikel 149 der Reichsverfassung.

Die italienischen Sozialisten gegen die Ententepolitik.

Rom, 31. März.

Als Sprecher der sozialistischen Fraktion griff Treves in einer großen Rede die auswärtige Politik der Alliierten als grausame Fortsetzung des Krieges an und verlangte absolute Freiheit der Meere. England dürfe sich nicht an den Dardanellen festsetzen und auch nicht den Nach-Ostsee-Kanal beherrschen. Man müsse endlich Gewißheit bekommen, daß Frankreich und England nicht nochmal in Deutschland intervenieren.

Sunderfon über die Folgen des Versailler Vertrages.

H. N. London, 31. März. (Wiedung d. Post. Reutersbüro.)

Sunderfon erklärte in einem Interview, daß die jüngsten Ereignisse in Deutschland durch die schlimme wirtschaftliche Lage, die durch das Versailler Abkommen entstehen mußte, verursacht sind. Das sei wieder ein Beweis dafür, daß die Politik der Labour Party, die jederzeit für gemäßigtere Bedingungen war, die richtige gewesen ist.

Verhaftung des Radikalen v. Kessel. Aus Breslau wird gemeldet: Der während der Kappperiode amtierende Oberpräsident v. Kessel ist in Schubhaft genommen worden.

Aufstellung des Reichskommissariats für das Wohnungswesen. Mit dem 1. April d. J. wird das Reichskommissariat für Wohnungswesen aufgestellt. Die bisher vom Reichswohnungskommissar innegehabten Befugnisse fallen mit dem gleichen Tage im vollen Umfang an das Reichsarbeitsministerium zurück.

Permanenter Streikausfluß in England. Eine Konferenz der Trade Union-Führer beschloß sich mit der Kommissarität der Bildung eines permanenten Ausschusses, der bei Streikfällen die Funktionen einer Streikleitung zu übernehmen und außerdem allerhand Untersuchungen allgemeiner Art vorzunehmen hat.

Aus aller Welt.

Der große Orkan in Nordamerika.

Chicago, 30. März.

Die ganze Gegend, in welcher der große Orkan gewüht hat, steht unter militärischer Verwaltung. Der Tornado kam von Südwesten und ließ eine Spur der Verwüstung hinter sich. Hunderte von Personen werden vermisst. Man zählt mehr als 20 Tote in Indianapolis im Staate Indiana, wo verschiedene kleine Städte fast gänzlich nicht mehr vorhanden sind. Es ist unmöglich, den Schaden zu schätzen. In Fort Wayne im Staate Indiana wurden 15 Personen getötet. Cleveland in Ohio ist der Verwüstung entgangen, aber es sind dort auch ungefähr 15 bis 20 Personen getötet worden. In Toledo in Ohio erlitt der Orkan den Südwesten der Stadt über eine Breite von 134 Meilen und wü die Eisenbahn aus den Schienen und zerbrach die Eisenbahnbrücken. Laut Nachrichten aus St. Louis im Staate Missouri sind viele Städte in dieser Gegend durch das Feuer, welches dem Tornado folgte, vernichtet worden. Das amerikanische Rote Kreuz mobilisierte alle Kräfte, um den Opfern des Sturmes Hilfe zu gewähren.

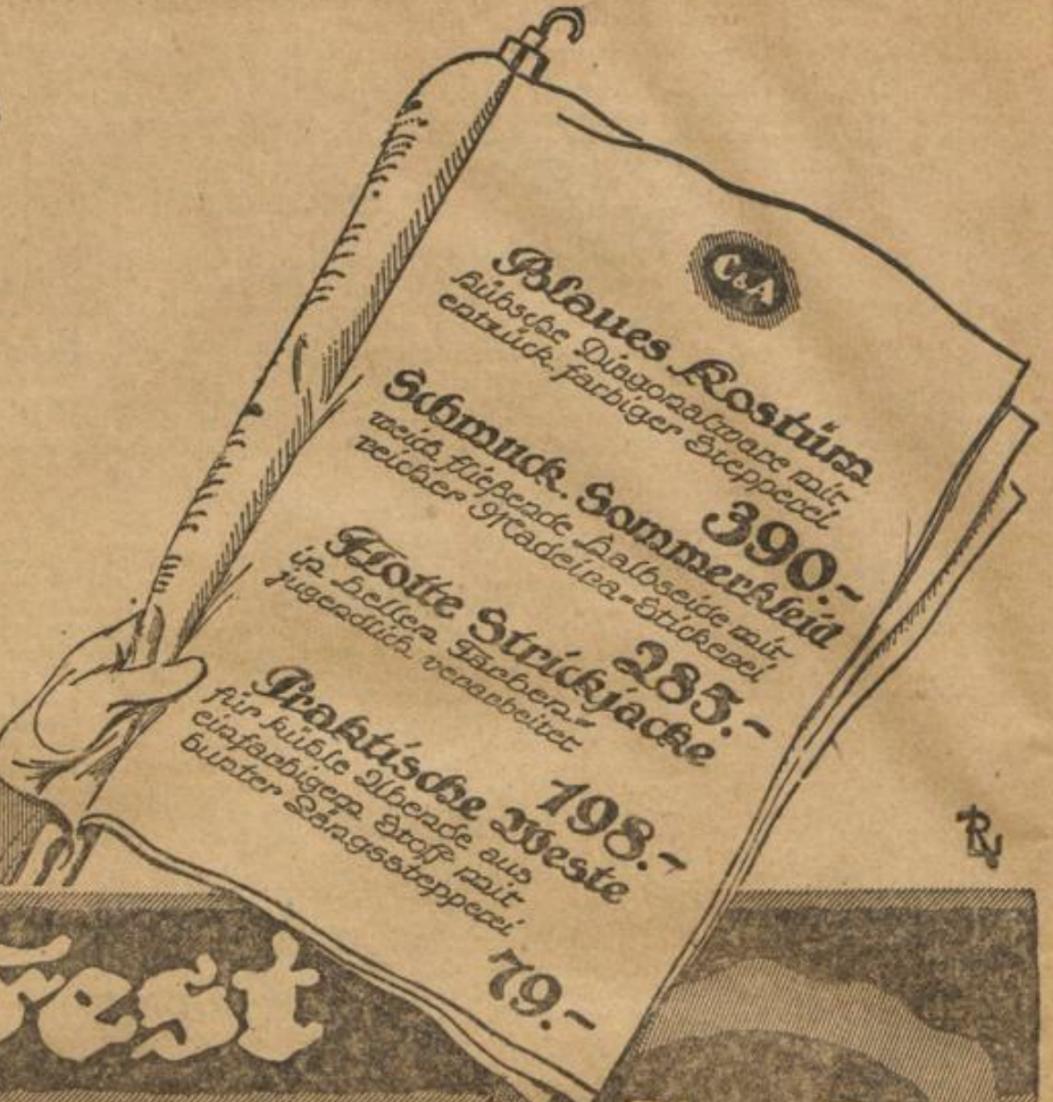
Sorden erschienen!

Programm und Taktik der U. S. P. D.

von Arthur Crispian
Dreis 3.— Mark

Organisationen erhalten Rabatt

Duchhandlung „Freiheit“, Breite Str. 8-9, Berlin C2.



Früher's Fest

C&A

Königsstr. 33 Chausseestr. 113
 am Bahnhof Alexanderplatz beim Steffler Bahnhof

Theater und Vergnügungen.
Volksbühne
 Paul Langen u. Tora Parsberg
Neues Volkstheater
 Köpenicker Str. 66
 7 1/2 Uhr: **Horning auf Segen**
Opernhaus Palestrina
 Anfang 8 1/2 Uhr
Schauspielhaus
 Friedrich der Große, I. Teil:
Der Kronprinz
 Anfang 8 1/2 Uhr
 Direktor: Max Reinhardt
Deutsches Theater
 7 1/2 Uhr: **Und Pippa tanzt**
Kammerspiele
 7 1/2 Uhr: **Gabriel Schillings Flucht**
Großes Schauspielhaus
 Karlsruher
 7 1/2 Uhr: **Der weiße Holland**
 (54. Abteilung, II. Abend.)
 Direktor: Carl Weinberg - End. Bernauer
Theater L. d.
Königsgrätzer Straße
 10 Uhr: **Schloß Wetterstein**
 Sonntag: **König Nicolo**
 1. Feiertag: **König Nicolo**
 Nachm.: **Erdebeben** (M. Orskov)
 2. Feiertag: **S. I. e.**
 Nachm.: **Erdebeben** (M. Orskov)
Komödienhaus
 8 Uhr: **Der Herr Minister**
 (Max Paalenberg)
Berliner Theater
 7 1/2 Uhr: **Der letzte Walzer**
 (Fritz Messerly, Osa Stern, Hans Waxmann)
Trianon-Theater
 (Bahnhof Friedrichstraße)
 Täglich 8 Uhr:
FEMINA
 Sonntag 4 Uhr: **Max und Moritz**
 An beiden Feiertagen, 4 Uhr:
 kleine Preise:
 Herrschallt, Diener gesucht
Residenz-Theater
 (Stadtbahn Jannowitzbrücke)
 Täglich 8 Uhr:
Die Ruse hofft
 von Herrn. Sufermann
 Sonntag 4 Uhr: **Kuldeppchen**
 An beiden Feiertagen, 4 Uhr:
 kleine Preise:
Der gute Ruf

Lessing-Theater
 Direktion: Victor Barsowsky
 7 1/2 Uhr: **Pygmalion**
 Freitag: **Geschlossen**
 Sonnabend 7 Uhr: **Wozzeck**
 Die Heilichwester
Deutsches Kunst-Theater
 Allabendl.
 7 1/2 Uhr: **Menagerie**
 (Adalbert, Ode, Hans, Kon-
 schwaka, Fischer, Morgan,
 Walfänger)
 Freitag: **Geschlossen**
Neues Operettenhaus
 Direktor: Jean Kren
 Allabendlich 7 Uhr 20 Min.:
 Mia Werber u. O. U.
Die kleine Hohel
Wahalla-Theater
 7 1/2 Uhr:
Die Csárdásfürstin
Rose-Theater
 7 1/2 Uhr:
Die im Schatten leben
Circus Busch
 Donnerstag, d. 1. April 7 1/2 Uhr
 Erstaufführung:
Der Wilddieb
 Original-Pantomime in
 5 Akten und 1 Apotheose.
 1. Tüftler Tüftler
 2. Humo-Ballet
 1. Akt: Das Rodel- und
 Schlittschuhfest
 2. Akt: Das Schiffsfest
 Orig. Theater Tüftler
 3. Akt: Die Ermordung des
 Fürstenerbers Rudl
 durch den Wilddieb
 4. Akt: Das Schwurgericht
 5. Akt: In d. Gekänglerelle
 6. Akt: Apotheose. Das gr.
 Blumen-Ballet, das
 Alpenblumen, die
 Wunderlöcher u.
 1. u. 2. Teil
 Vorher das neue
 April-Programm:
 Hel-J. u. Truppe, China,
 Gaufer
 Marine, Evolutionen am
 schwarzen Schiffsmast
 Yuki, d. Mann i. d. Flasche
 Karl Hess, Freibeit-
 drossen usw. usw.
 Karfreitag geschlossen.
 An allen 3 Osterfesttagen:
2 Große Fest- 2
2 Vorstellungen 2
 3. und 7 1/2 Uhr:
 In sämtl. Vorstellungen,
 auch nachmittags:
 Die neue Pantomime
Der Wilddieb,
 sowie das neue Programm.

Nachm.	1	1/2	1	1/2	1	1/2
hat jed.	1	1/2	1	1/2	1	1/2
Erw.	1	1/2	1	1/2	1	1/2
	1	1/2	1	1/2	1	1/2

Casino-Theater
 Lehnlager Str. 37. Tagl. 7 1/2 Uhr
 Der neue Possenspieler
Ein alter Sünder
 An allen Feiertagen
 2 Vorstellungen
 7 1/2 Uhr: **Ein alter Sünder**
 Nachm. 3 Uhr: **Onkel Moritz**
Königsstadt-Kasino
 Alexanderstr. 21.
 Tel. Alexander 424
 Sile und Verolastimmer
 in jeder Größe.
Apollo-Theater
 Friedrichstr. 218.
 Allabendlich
 7 1/2 Uhr: **Unüberwindliches**
Varleté-Programm!
Theater am Eastbury Tor
 Tel. Moritzplatz 1414.
 Tagl. 7 1/2 und Sonntag
 nachm. 3 Uhr:
Elite-Sänger
 9 abem. Mitgl. der
 Berliner Sänger,
 Blüthen-Lied
 Vorr. 11-14 u. 4-6 Mk

Ab heute



Kameraden
 nach August Strindberg
 In den Hauptrollen:
Harriet Strindberg-Bosse
 und **Alfred Abel**
 U.T. Karlstr. 26 und U.T. Nollendorfplatz 4
Gefesselte Menschen
 Drama in 5 Akten
 Hauptdarsteller:
 Damen: **Dorsch, Konstantin, Grüning**
 Herren: **Kaiser-Titz, Hartmann, Diegelmann**
 U.T. Alexanderplatz
Albert und Eise Bassermann
 im Schauspiel
Die Stimme
 U.T. Friedrichstr. 100
 U.T. Weinbergstr. 10 und Schönberg
Der Fackelträger
 mit
Asta Nielsen
 Lilli Jacobson und Alf Billecher
 U.T. Hasenheide 20
Maria Magdalene
 nach Friedrich Hebbel
 Wechseltags ab 7 Uhr / Sonntags: Beginn 4 Uhr
Karfreitag geschlossen!

Großes Schauspielhaus
 Zu vollständigen Preisen:
 Ostersonntag, den 4. April, 2 1/2 Uhr
 außer Abonnement
Hamlet
 Regie: Max Reinhardt
 Oftermontag, den 5. April, 2 1/2 Uhr
 außer Abonnement
Drestie
 Regie: Max Reinhardt
 Drestes: Alexander Moissi
 Preise der Plätze 20 - bis 20. 12. - Silbert: Theater-
 tolle, A. Wertheim und im Spezialabend.
Ab heute
UFA
Lichtspiele
TauentzienPalast
Die Tänzerin Barberina
 nach dem gleich. antigen Roman
Adolf Paul
 von
 Für den Film in 7 Abteilungen
 vom Verfasser bearbeitet
 Titel-
 rolle: **Lyda Salmonowa**
 Wechseltags: 7 und 9 1/2 Uhr; Sonntags: 4 Uhr
 Vorverkauf 11 bis 1 Uhr
Karfreitag geschlossen!

THEATER AM MORITZPLATZ
 GRANIENSTR. 147
 DIREKTION SIEGBERT GOLDSCHMIDT
 Der große Erfolg.
Morel
 der Meister der Kette
 I. TEIL:
Die Kette
 7 Akte nach dem Roman
 „Glanz und Elend der
 Courtesanen“
 von Honoré de Balzac
 Regie: Conrad Wiene
 Einl. B: 830 830

KANT-LICHTSPIELE
 KANTSTRASSE 54
 an der Wilmersdorfer Str.
 Der Tod
 des „Großfürsten!“
 II. Teil
Der Tanz auf dem Vulkan.
 Außerdem:
Drum prüfe, wer sich ewig bindet!
 Lustspiel in 3 Akten
 Einl. B: 830 830

Kupfer
Messing
Zinn
 Sämtl. Metall
Quecksilber
Platin
Gold-
Silber-
Abfälle
 Zahngewerbe
 kauft zu reichl.
 hohen Preisen
 in unseren
 6 Einkaufsstellen
Metall-Zentral
 1. Brunnenstr. 31
 am Rosenhain, Pflanz-
 2. Fennstraße 48
 am Weddingplatz
 3. Beusselstr. 29
 nahe der Turmstr.
 4. Bahnhofstr. 2
 Ecke Schönberger Str.
 am Anhalter Bahnhof
 5. Neul. 11
 Kottb.-Friedr.-Str. 22
 nahe Hermannplatz
 6. Weidenweg 7
 am Dalfenplatz.
Blei! Zinn
Weißmetalle
 alle Legierungen, ferre
 Kupfer, Rotg.,
 Messing, Aluminium,
 Nickel, etc., Quec-
 silber, Platin, etc.
 Gold- u. Silberbruc-
 zahngewerbe etc.
 höchsten Tagespreis bei
Ede/metall-
Einkaufsbüro
 Weberstraße 31
 Alex. 4745.
 Allerhöchste Preise
Metalle
 und gebündeltes
 Metallbruch b.
A. AUK
 Neukölln, Steinhilberstr.

Reederei Kahnt & Hertzner
 Fernsprecher: Königstadt 2062
 Dam. fer-Extra:
Waisenbrücke
 Karfreitag, Ostern
Krampeburg
 und folgende Sonntags 8 1/2 u. 2 Uhr nach

Briefmarken, Münzen
 kauft Grossmann, Johannisstr. 4
 Norden 1002L

Quecksilber!
 nur ich zahle alle Preise
 Prager, Müllerstr. 154

